

Ulrike Schäfer, Kommunikation

11. Februar 2021

Dornierstraße 3
71034 Böblingen

Telefon: 0 70 31/ 623-107
Telefax: 0 70 31/ 623-116
Mobil: 0176 / 45 88 17 00

ulrike.schaefer@busforum.de
www.wbo.de

Reisesicherungsfonds: keine Hilfe für mittelständische Busunternehmen

Als hätten Reisebusunternehmen nicht genug Zukunftssorgen, tritt nun ein weiteres Problem hinzu: die Insolvenzabsicherung bei Pauschalreisen. Ohne sogenannten Sicherungsschein dürfen Reiseveranstalter keine Pauschalreisen anbieten. Es handelt sich um eine Art Pflichtversicherung, für die es nur wenige Versicherer als Anbieter gibt.

Ende 2020 hat sich eines dieser Versicherungsunternehmen aus dem Markt verabschiedet. Die Prämien der anderen Anbieter wie die von den Unternehmen zusätzlich zu stellende individuellen Sicherheitsleistungen sind seither sprunghaft angestiegen. „Bundesweit ist eine Vielzahl von Busunternehmen betroffen“, so Dr. Witgar Weber, Geschäftsführer des Verbands Baden-Württembergischer Omnibusunternehmer. „Es handelt sich um ein Problem der gesamten Tourismusbranche, für das es dringend eine ausgewogene Lösung braucht“.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat nun den Gesetzentwurf für eine staatliche Absicherung im Nachgang zur Thomas Cook-Pleite vorgelegt, der so vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Danach soll die Insolvenzabsicherung künftig über einen Reisesicherungsfonds erfolgen, in den alle Reiseveranstalter einzahlen und über den sie künftig verpflichtend ihre gesetzlich vorgeschriebenen Sicherungsscheine beziehen.

Der WBO sieht darin keine taugliche Lösung für mittelständische Touristikbetriebe. Nach dem Entwurf würden allein die Prämien um das Fünffache steigen, die Sicherheitsleistungen bis auf das Dreifache. „Diese Zahlen zeigen, dass die Fondslösung für den Mittelstand nicht passt“, betont Dr. Witgar Weber. „Sie nutzt nur den großen Playern.“

Ausnahmen soll es bislang nur für kleine Anbieter geben, deren Umsatz mit Pauschalreisen im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre weniger als drei Millionen Euro beträgt. Der WBO und sein Bundesverband bdo fordern, die Umsatzgrenze von drei auf 20 Millionen Euro anzuheben. Sonst würden mittelständische Unternehmen für die Risiken großer Reisekonzerne zur Kasse gebeten.

Der WBO stellt die Frage: Wer hilft den kleineren Anbietern, die pandemiebedingt auch nach monatelanger Suche keinen Versicherer mehr finden? Auch hier sieht der Verband den Staat in der Pflicht, um den Betrieben eine Grundabsicherung zu bieten. Andernfalls werde sich das Angebot der privaten Busunternehmen ausdünnen. WBO-Geschäftsführer Dr. Witgar Weber: „Wenn hier nichts geschieht, werden viele Busunternehmen nur noch Tagesausfahrten und keine Mehrtagesreisen mehr anbieten“.

Der WBO fordert für sie eine Lösung wie im Nachbarland Österreich: „Dort gibt es seit Jahrzehnten die Tourismusbank, die solche Risiken bezahlbar absichert. Bei uns muss entsprechend gehandelt werden. Der Blick über den Tellerrand lohnt sich!“

Der WBO bleibt dran.